

Auf der Suche nach versteckten Euros

Politik: Haushaltsstrukturkommission durchforstet akribisch den Waldürner Haushalt, um Sparpotenzial zu finden

WALLDÜRN. Sie tagt hinter verschlossenen Türen, und was bei ihren Beratungen herauskommt, ist zunächst geheim. Seit Anfang des Jahres berät in Waldürn eine Haushaltsstrukturkommission darüber, in welchen Bereichen die Stadt sparen will. Denn Waldürn ist mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1550 Euro unrühmlicher Spitzenreiter im Neckar-Odenwald-Kreis. Die Stadt kann nur dadurch einen ordnungsgemäßen Haushalt aufstellen, dass sie auf ihre Rücklagen zugreift. Waldürn lebt derzeit von der Substanz.

Durchschnittlich zweimal im Monat kommen fünf Männer und zwei Frauen sowie Vertreter der städtischen Fachbereiche zusammen, um Vorschläge zu erarbeiten, in welchen Bereichen die Stadt sparen kann. Die Sitzungen dauern zwei bis fünf Stunden lang. Vier Stunden Sitzungsdauer sind die Regel. Die Aufgabe der Kommission: sich durch das 250 Seiten starke Zahlenmaterial des städtischen Haushaltes durcharbeiten und möglichst viel Einsparpotenzial ermitteln.

Bescheidenes Ergebnis

Der Elefant allerdings droht, eine Maus zu gebären. Nach zwei Sitzungen sieht das Ergebnis bescheiden aus: »Wir liegen bei rund 40000 Euro«, sagt Bürgermeister Markus Günther. »Die großen Sprünge werden wir nicht machen«, nimmt er eine Schlussbilanz vorweg. Inzwischen traf sich das Gremium schon sieben Mal. Die eingesparte Summe soll jetzt bei etwa 150000 Euro liegen.

Einige Sparmaßnahmen wurden zwischenzeitlich vom Gemeinderat genehmigt und auch schon umgesetzt – zum Ärger und Unverständnis mancher Bürger. So wird es den Weihnachtsummern in seiner bisherigen Form nicht mehr geben. »Die Arbeit, die die Stadt bisher leistete, muss im Verhältnis zum Nutzen stehen«, sagt Bürgermeister Günther. Das sei nicht gegeben. Deshalb wolle man künftig die Kosten von 20000 Euro einsparen. In diese Summe sind zwei Wochen Arbeitszeit der Bauhofmitarbeiter für den Auf- und Abbau der Buden einberechnet. Kritiker bemängeln, dass in dieser Rechnung nicht zwischen fixen und variablen Kosten unterschieden worden sei. Da durch die Abschaffung des Weihnachtsmarkts keine Bauhofmitarbeiter entlassen und somit keine Personalkosten vermieden würden, sei die Ersparnis deutlich niedriger.

Heikel sind auch die Einsparungen unter dem Haushaltspunkt »Gästebef-



Das Waldürner Sparschwein hofft auf den ein oder anderen Euro. Eine Haushaltsstrukturkommission durchforstet den Haushalt der Stadt nach Sparmöglichkeiten. Foto: Martin Bernhard

darf«. Darin sind die Geschenke der Stadt für Altersjubilare und zu Goldenen Hochzeiten enthalten. »Auch das sind Kostenfaktoren«, erklärt Günther. »Statt einer Blumenschale gibt es jetzt zur Goldenen Hochzeit eine Flasche Sekt.« Altersjubilare erhalten nur noch eine Glückwunschkarte ohne Flasche Wein.

Imageverlust befürchtet

»Ist das nicht auch ein Imageverlust?« gibt Heinrich Hennig, Ortsvorsteher von Glashofen und Gerolzahn, zu bedenken. Er schenkt den Jubilaren weiterhin Wein und zahlt diesen aus der eigenen Tasche. Ute Peper, Ortsvorsteherin von Gattersdorf, ist der Meinung, dass mit dem Streichen der Geburtstagsgeschenke ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Bürgern verloren gehe.

Grundsätzlich hat sie volles Verständnis dafür, dass die Stadt sparen will. »Ich frage mich aber, ob das viel bringt, an kleinen Beträgen zu sparen, wenn man im Großen nicht so zimmerlich ist. Im Straßenbau werden die Kosten zum Beispiel nicht abgewogen, bei der Bibliothek schon.«

Hubert Mühlhling, der als Mitglied der Kommission die Maßnahmen mitentschieden hat, verteidigt die Arbeitsweise des Gremiums: »Es ist gut, dass man alles durchforstet.« Auch die Abschaffung des Weihnachtsmarkts verteidigt der Ortsvorsteher von Altheim. »Da kann ich die Kritik nicht nach-

vollziehen. Bei uns auf den Ortschaf-ten ist das Engagement der Vereine viel größer als in der Kernstadt.«

Nicht an Pflichtaufgaben rütteln

Doch auch Mühlhling hatte gehofft, dass man auf ein größeres Einsparpotenzial stoßen würde. An den zahlreichen Pflichtaufgaben der Gemeinde könne man jedoch nicht rütteln. Als nächstes werde man die Ausgaben für die Pfl-

ge der Sportstätten prüfen. Möglicherweise ist es günstiger, diese Arbeiten an eine Privatfirma zu vergeben. Die großen Brocken dagegen stünden noch an. Mühlhling nennt als Beispiele die Schließung von Frei- und Hallenbad. Die Kommission muss bis Ende Oktober ihre Arbeit verrichten haben. Die nächste Sitzung findet nach der Sommerpause im September statt.

Martin Bernhard

ZWISCHENRUF

Bürgernähe klingt anders

Wer kennt sie nicht, die beschönigenden Worte der Politik, wenn es darum geht, den Bürgern unangenehme Wahrheiten zu verschleiern? Manches »Steuarentlastungsgesetz« brachte, zumindest in Teilbereichen, Steu-erhöhungen mit sich.

Und das im Jahr 2008 in Kraft getretene »Altersgrenze-Anpassungsgesetz« hieß nicht »Rentenalter-Erhö-hungsgesetz«, obwohl damit in den nächsten Jahren das Renteneintritts-alter stufenweise von 65 auf 67 Jahre erhöht werden soll. Waldürn nun hat seine Haushaltsstrukturkommission. Und auch dieses Wort ist irreführend.

Denn ändert sich mit der Arbeit dieser Kommission etwa die Struktur, also der Aufbau, des städtischen Haushaltes? Oder nicht vielmehr die

Struktur der Ausgaben? Warum den Bürgern nicht reinen Wein einschenken? Sparkommission wäre der bessere Name für dieses Gremium. Und wenn wir gerade über Kommunikation reden: Waldürn steht finanziell mit dem Rücken zur Wand. Es ist zu bezweifeln, dass das der Mehrheit der Bürger in vollem Maße bewusst ist. Da wünscht man sich, dass die Stadt auf die Bürger zugeht, um sie über den Ernst der Lage zu informieren.

Am besten mit einer Bürgerversammlung, für die mit Handzetteln und Plakaten geworben werden sollte. Sonst könnte schnell das geflügelte Wort die Runde machen: »Und wenn man nicht mehr weiter weiß, gründet man nen Arbeitskreis.«

Martin Bernhard

Leserbriefe

Zu »Knöllchenfreie Zeit endet im September« (und Altortsanierung Bürg-stadt), Ausgabe vom 26. Juli:

Wähler hat keinen Einfluss auf Politik

Die große Politik spricht gebetsmühenartig von mündigen Bürgern, aber es ist sehr schwer nachzuvollziehen, ob sie dies auch wirklich möchte. Als gebürtiger Bürgstadter verfolgte ich sehr interessiert die Altortsanierung einschließlich des Baus des Weinkulturhauses. An diesem Beispiel ist sehr gut zu erkennen, wie groß der Einfluss des Wählers auf die aktuelle Politik wirklich ist. Das Motto »Nicht kleckern, nur klotzen« und die gravierenden Probleme haben meinen Glauben an unsere Politiker nicht gerade verstärkt:

So wurde das Pflastermaterial aus Ländern beschafft, von denen man wissen musste, dass dort keine befriedigende Arbeitsmarktsituation vorherrscht.

Gravierende Bauverzögerungen aufgrund der Arbeitszeiten (Montag bis Donnerstag) oder fehlendes Baumaterial zum Ende der Sanierungsarbeiten wurden bagatellisiert oder teilweise ignoriert. Unter anderem die Klagen betroffener Bürgstadter Geschäfte wegen fehlender Umsätze. Beim anschließenden Bau des Weinkulturhauses wurden weder Mühen noch vor allem Kosten gespart, da man ja höhere Zuschüsse erwarten durfte. Kritik der Bürger hinsichtlich der hohen Kosten oder des Baustils wurden vom Bürgermeister vom Tisch gefegt.

Nach Fertigstellung wurden die Anlieger der Straßen über ihre finanzielle Beteiligung informiert. Es ist schon überraschend, erfahren zu müssen, sich an irgendwelchen Kosten zu beteiligen, vor allem für Leistungen, die man nicht bestellt hat beziehungsweise mit denen man nicht einverstanden gewesen wäre, wenn man gefragt worden wäre. Glücklicherweise für unsere Politiker gibt es aber irgendwelche gesetzlichen Vorgaben, die solche Forderungen an die Bürger legitimieren.

Eines der Argumente für die Altortsanierung war unter anderem die Verkehrsberuhigung. Aber die jetzige Verkehrssituation widerspricht vehement dem Erreichen dieser Zielvorgabe. Auch hier wurden Vorschläge einzelner Bürger zwar angehört, aber nicht umgesetzt.

Seltsamerweise beschloss man jetzt die Einführung einer kommunalen Verkehrsüberwachung, was eine Frage offen lässt: Hatte man sich den Verkehr im Altort etwa doch anders vorgestellt?

Es ist mir absolut klar, dass solche Leserbriefe in der Regel bei unseren Politikern sehr wenig bewirken. Doch die vergangenen Monate zeigen deutlich, dass die Wähler die dafür verantwortlichen Politiker für ihren Schlingensiefel abstrafen (siehe Bundestagswahl, Landtagswahlen in Bayern, Volksbegehren Nichttraucherschutz). Deshalb sollte auch der letzte Politiker kapierten, von wem und für was er gewählt wird: Dafür sich für das Wohl und die Belange der Bürger einzusetzen und nicht zur Befriedigung eigener Machtgefühle oder zum Errichten von Denkmälern.

Paul Groh, Leipziger Straße 8, Bürgstadt

Hintergrund: Haushaltsstrukturkommission

Die Haushaltsstrukturkommission setzt sich aus jeweils einem Vertreter der Gemeinderatsfraktionen sowie der Ortsvorsteher zusammen. Außerdem gehören ihr Bürgermeister und Stadtkämmerin an sowie je nach Bedarf Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Mitglieder der Kommission im einzelnen: Herbert Kilian (SPD, Fraktionsvorsitzender), Michael Ackermann (DCB), Theo Staudenmaier (CDU, Fraktionsvorsitzender), Agnes Sans (WVB-FW, Fraktionsvorsitzende), Hubert Mühlhling (Vertreter der Ortsvorsteher), Kirstin Kuhn (Stadtkämmerin), Markus Günther (Bürgermeister), (ber)